



NEWSLETTER JUNI

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben vor wenigen Monaten noch einmal das nationale Klimaschutzziel von minus 40% CO₂ bis 2020 gegenüber 1990 bestätigt. Bis heute hat Deutschland seine Emissionen aber erst um 27% reduziert – der größte Teil davon auch noch infolge des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft. Das bedeutet in den verbleibenden knapp fünf Jahren müssen wir unsere Emissionen um 13% reduzieren, wenn wir das Klimaschutzziel erreichen wollen. Das erfordert eine deutlich ambitioniertere Klimaschutzpolitik als in der Vergangenheit. Doch zentrale Maßnahmen der Bundesregierung zur Erreichung des Klimaschutzziels sind schon oder drohen an Unwillen oder Selbstblockade der Großen Koalition zu scheitern, so unter anderem der Steuerbonus für die energetische Gebäudesanierung oder 1 Million Elektrofahrzeuge. Immer dann wenn es konkret wird, findet Klimaschutzpolitik in der GroKo nicht mehr statt. Das Scheitern droht nun auch der von Sigmar Gabriel vorgeschlagenen, eigentlich ambitionslosen Abgabe für Kohlekraftwerke. Wochenlag hat angeführt von den Energiekonzernen RWE und Vattenfall eine Ganz Große Koalition aus Union, SPD in den Kohleländern, IG BCE, Verdi, BDI u. a. den Vorschlag sturmreif geschossen. Die Bundeskanzlerin hat dem tatenlos zugesehen, und so droht das Konzept entweder ganz aufgegeben oder so entkernt zu werden, dass es völlig wirkungslos wird. Es steht zu befürchten, dass die Braunkohle in Deutschland wie seit ehedem keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss und 50 Jahre alte Kraftwerke eine Laufzeitverlängerung bekommen. Diese Politik vernichtet tausende Arbeitsplätze nicht nur bei den Erneuerbaren, sondern vor allem auch bei kommunalen Stadtwerken, deren KWK-Anlagen und moderne Gaskraftwerke keine Chance gegen die Braunkohle haben. So schadet die Bundesregierung nicht nur dem Klima und einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft, die Bundeskanzlerin disqualifiziert sich durch ihr Nicht-Handeln im eigenen Land auch als glaubhafte Klimaschützerin auf dem G7-Gipfel und der Klimakonferenz in Paris. Das wiederum lässt die Chancen auf ein wirkungsvolles, internationales Abkommen noch weiter sinken. Klimakanzlerin a. D.

Doch lesen Sie und ihr am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Viel Spaß dabei wünscht
Ihnen/euch
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) Große Koalition versagt bei Strukturwandel im Kraftwerkspark
- 2) Deutschland droht EU-Ziele bei Erneuerbaren Energien zu verfehlen
- 3) Grünes Positionspapier: Ökologisch und flexibel – so muss der Strommarkt der Zukunft sein
- 4) Fracking in Deutschland? Unverantwortbar aber in Zukunft dank Großer Koalition möglich
- 5) Bayern gegen Stromleitungen – Konsequenz ist Blackout oder AKW-Laufzeitverlängerung
- 6) Ökostrom Fußball-Bundesliga-Tabelle
- 7) Endlagersuchkommission berät Veränderungssperre Gorleben und Atommüllexport
- 8) Jülicher Atomreaktor geht auf Wanderschaft
- 9) Auswertung Fachgespräch: Carbon Bubble – Raus aus den Fossilen
- 10) Fachgespräch: Intelligente Stromzähler (Smart Meter)
- 11) Fachgespräch Biokunststoffe: Lösung eines Umweltproblems
- 12) Meeresschutz endlich vorantreiben
- 13) Erfolgreicher Artenschutz – Wölfe sind zurück in Deutschland

Agrar/ Ernährung

- 14) Antibiotika in der Fischzucht – Große Koalition bleibt untätig
- 15) Kükenschreddern geht munter weiter, obwohl Alternative vorhanden ist
- 16) Krebserregendes Herbizid Glyphosat nicht weiter verkaufen
- 17) Verbraucher brauchen verständliche Fleischkennzeichnung
- 18) Nachhaltigkeit beim Einkauf: Mehr Transparenz

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 19) EU-Kommission will gegen Ausländer-Maut von Union und SPD klagen
- 20) Bundestagsfuhrpark endlich klimafreundlich betreiben
- 21) BER oder doch besser Alexander-Dobrindt-Airport?
- 22) Problem des zunehmenden Flächenverbrauchs

Energie/Umwelt

1) Große Koalition versagt bei Strukturwandel im Kraftwerkspark

Noch im Dezember 2014 hat die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzaktionsprogramm nicht die erforderliche Reduzierung von mindestens 70 Mio.t, sondern nur 22 Mio. t im Kraftwerkspark bis 2020 durch ein Klimaschutzinstrument beschlossen. Im März hat Wirtschaftsminister Gabriel dazu Eckpunkte vorgelegt, die u.a. eine Kohleabgabe für besonders klimaschädliche und unflexible Kohlekraftwerke vorsah. Doch eine Ganz Große Koalition der Veränderungsverweigerer aus Teilen von Union und SPD, RWE, Vattenfall, Verdi, IG BCE u. a. übte massiven Druck auf die Bundesregierung aus. Deshalb ist das Bundeswirtschaftsministerium in der vergangenen Woche zurückgerudert und will nun lediglich 16 Mio. t CO₂ bis 2020 bei Kohlekraftwerken einsparen. Die Lücke im Kraftwerkspark soll nun mit Alibimaßnahmen wie „Elektro-LKW-Highways“ geschlossen werden. Dieses Beispiel ist symptomatisch für die gesamte Energiepolitik von Union und SPD: Über Klimaschutz reden – und wenn es konkret wird, vor der Braunkohlelobby einknicken. Für Merkel und Gabriel sind die Interessen von RWE und Vattenfall mit ihren Methusalem-Kraftwerken wichtiger als Klimaschutz. Das schadet nicht nur dem Klimaschutz, sondern gefährdet auch Arbeitsplätze – bei Stadtwerken, bei Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Es kann nicht sein, dass Uralt-Kohlekraftwerke eine Laufzeitverlängerung bekommen, während gleichzeitig hochmoderne Gaskraftwerke stillstehen und demontiert werden. Die Kohleabgabe und eine Einsparung von 22 Mio. Tonnen CO₂ sind der absolute Minimalbeitrag der Energiewirtschaft zum Erreichen des Klimaschutzziels. Es kommt aber am Ende nicht auf einzelne Instrumente an. Wichtig ist, dass die Emissionen der Braunkohlekraftwerke endlich sinken. Meine Rede dazu in einer von der Grünen Fraktion beantragten aktuellen Stunde im Bundestag findet sich [HIER](#). Der Landesparteitag der Grünen NRW hat am ver-

gangenen Wochenende [zu diesem Thema](#) und zur [Umweltpolitik allgemein](#) jeweils einstimmige Anträge verabschiedet.

2) Deutschland droht EU-Ziele bei Erneuerbaren Energien zu verfehlen

Die Bundesregierung feiert sich gerne für die Energiewende und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Doch im Wärme- und Verkehrsbereich hat die Energiewende bisher nicht einmal richtig angefangen. Und im Strombereich bremst die Bundesregierung mit der EEG-Novelle 2014 den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Biogas-Ausbau findet praktisch nicht mehr statt, der Photovoltaik-Ausbau liegt weit unterhalb des Zielkorridors und bei der Windenergie gibt es derzeit einen Schlussverkaufseffekt, bevor 2017 mit den Ausschreibungen wahrscheinlich nichts mehr geht. Eine [Studie des BBE](#) hat jetzt gezeigt, dass diese Politik Konsequenzen hat: Deutschland wird aller Voraussicht nicht einmal das schwache EU-Ziel von 18%-Anteil Erneuerbare am Endenergieverbrauch erreichen. Also auch bei den Erneuerbaren Energien nichts mehr mit der Vorreiterrolle Deutschlands.

3) Grünes Positionspapier: Ökologisch und flexibel – so muss der Strommarkt der Zukunft sein

Der Strommarkt der Zukunft schützt das Klima, weil er mit immer weniger Klimagasen auskommt, und versorgt die Menschen verlässlich mit sauberer und günstiger Energie aus Sonne, Wind und Wasser. Um den nächsten Schritt hin zu dieser neuen Stromwelt zu gehen, wollen wir Grünen den Strommarkt schrittweise umbauen. Denn alte und neue Stromwelt passen nicht zueinander. Deshalb schlagen wir als Backup für fluktuierende Erneuerbare Energien einen ökologischen Flexibilitätsmarkt vor, der in einer wettbewerblichen Ausschreibung hochflexible Gaskraftwerke, Speicher, Laststeuerungsmaßnahmen und verstetigte Erneuerbare wie Biomasse anreizt. Unser Beschlusspapier dazu findet sich [HIER](#).

4) Fracking in Deutschland? Unverantwortbar, aber in Zukunft dank Großer Koalition möglich

Anfang Mai hat die Bundesregierung den Fracking-Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Mit diesem Gesetzespaket schaffen die Minister Gabriel und Hendricks die Grundlage für Fracking in weiten Teilen Deutschlands. Fracking ist eine Risikotechnologie, die eine unserer wichtigsten natürlichen Ressourcen, unser Trinkwasser, in unverantwortlicher Weise gefährdet. Nötig wäre hier eine einfache Regelung im Bundesberggesetz, die Fracking nicht zulässt. Stattdessen will die Bundesregierung ein Fracking-Ermöglichungsgesetz durch den Bundestag peitschen. Man darf gespannt sein, wie die zahlreichen Abgeordneten von CDU/CSU und SPD, die sich in ihren Wahlkreisen strikt gegen Fracking aussprechen, bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs verhalten werden. Meine Rede zum Thema findet sich [HIER](#).

5) CSU gegen Stromleitungen – will Seehofer zurück zur Atomkraft?

Die CSU-Landesregierung hat sich zum Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) 2014 geäußert und will die geplante SüdLink-Leitung nach Westen verschieben. Damit würde sie nicht mehr durch Bayern sondern durch Hessen und Baden-Württemberg verlaufen. Den Bedarf des Korridors D stellt die Landesregierung gänzlich in Frage. Mit dieser Stellungnahme zeigen Seehofer und seine CSU was sie wirklich wollen: Von der Energiewende profitieren, aber die Lasten des Netzausbaus sollen andere Länder tragen. Dreister kann regionaler Egoismus kaum mehr sein. Wer so agiert, stellt die Energiewende insgesamt infrage und setzt klammheimlich auf Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken. Wir erwarten von Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel, dass sie Seehofer in die Schranken weisen, damit der notwendige Netzausbau nicht länger blockiert wird. Außerdem müssen die Möglichkeiten zur Erdverkabelung deutlich ausgeweitet werden, um Akzeptanz bei den Betroffenen zu schaffen.

6) Ökostrom Fußball-Bundesliga-Tabelle

Zum Saisonfinale haben wir eine etwas andere Bundesliga-Tabelle erstellt: Wie schneiden die Clubs mit ihrer Erneuerbaren-Energien-Performance ab? Dazu hatten wir die 18 Bundesliga-Vereine in den vergangenen Wochen gebeten uns Fragen zu Erneuerbaren-Energien-Anlagen, Anteil des Ökostromverbrauchs sowie zu Energieeffizienz-Maßnahmen zu beantworten. Wer Meister und wer Absteiger bei unserer Ökostrom-Bundesliga-Tabelle ist, findet sich [HIER](#).

7) Endlagersuchkommission berät Veränderungssperre Gorleben und Atommüllexport

Am 18. Mai wurde der Konsenskurs in der Endlagersuchkommission erneut auf eine harte Probe gestellt, denn es ging einmal mehr um die [Verlängerung der Veränderungssperre Gorleben](#). Diese Sperre soll den Standort Gorleben vor Veränderungen im Untergrund wie zum Beispiel Salzabbau schützen und ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Im Sinne des Vertrauensaufbaus und der Glaubwürdigkeit des Endlagersuchprozesses halten wir es sogar für erforderlich, die Veränderungssperre auslaufen zu lassen. Eine weitere Baustelle der Kommission ist die Debatte über ein mögliches Exportverbot für Atommüll aus Forschungs-, Versuchs- und Demonstrationsreaktoren. Ein Gutachten, welches in der letzten Sitzung vorgestellt wurde, beinhaltet weiterhin den Export in die USA als eine mögliche Entsorgungsoption. Mehr Infos dazu [HIER](#).

8) Jülicher Atomreaktor auf Wanderschaft

In Jülich auf dem Gelände des Forschungszentrums konnte man am 23.05. den Irrsinn der Atomkraft wieder live erleben: In einer weltweit einmaligen Aktion wurde der über 2000 Tonnen schwere und 26 Meter hohe Reaktorbehälter des AVR Jülich als Ganzes einige hundert Meter weit in ein Zwischenlager transportiert. Der AVR Versuchsreaktor ist zwar schon seit über 25 Jahren stillgelegt, kann aber nicht zerlegt werden, weil er extrem stark verstrahlt ist. Deshalb lässt man ihn jetzt für Jahrzehnte (oder mehr) in einer einfach Halle liegen. Am Ende – das erscheint heute sicher – werden Rückbau und Entsorgung dieses 18 MW-Reaktor (Leistung wie 6 Windenergieanlagen) deutlich mehr als 1 Milliarde Euro gekostet haben – gezahlt von uns Steuerzahler*innen. Die beim Betrieb des AVR beteiligten Energiekonzerne haben sich längst aus dem Staub gemacht. Mehr dazu [HIER](#).

9) Auswertung Fachgespräch: Carbon Bubble – Raus aus den Fossilen

Wenn wir die Klimakrise abwenden und das 2°C-Ziel einhalten wollen, dann sind die fossilen Reserven von Konzernen wie Shell oder Exxon deutlich weniger wert als bislang angenommen. Entsteht dadurch die Gefahr einer „Carbon Bubble“ an den Finanzmärkten? Und was kann grüne Politik entgegensetzen? Dass die Gefahr nicht mehr von der Hand zu weisen ist, zeigt eine breite Debatte insbesondere in der Finanzwelt über das Thema. Eine Reihe von Anlegern haben bereits entschieden, ihre Investments aus der Kohle zurückzuziehen. So z. B. jüngst der Norwegische Staatsfonds, der mit etwa 2% Anteil einer der größten Aktionäre von RWE und Eon ist. Das zeigt, der Glaube an eine Zukunft der fossilen Wirtschaft schwindet auch in der Finanzwelt immer mehr. Darüber diskutierten wir auf dem Grünen Fachgespräch. Weitere Infos und die Präsentationen der Referenten finden sich [HIER](#).

10) Fachgespräch: Intelligente Stromzähler (Smart Meter)

Intelligente Stromzähler können helfen, den Energieverbrauch intelligent zu steuern, etwa wenn zu bestimmten Tageszeiten fluktuierende Erneuerbare Energien besonders viel oder wenig Strom erzeugen. Sie erhöhen zudem die Transparenz beim Energieverbrauch und helfen beim Energiesparen. Diesen Vorteilen stehen jedoch vor allem im Privatkundenbereich auch Bedenken gegenüber. Kritik kommt von Verbraucher- und Datenschützern, wegen zusätzlicher Kosten für Energiekunden und drohender Gefahren für Datenschutz und Datensicherheit. Denn die Daten, die intelligente Stromzähler aufzeichnen, erlauben unter Umständen weitreichende Rückschlüsse auf die Lebensgewohnheiten der Bewohner und es bestehen Sicherheitsrisiken durch Hacker-Angriffe. Die Bundesregierung hat nach Jahren der Untätigkeit nun ein [Eckpunk-](#)

[tepapier](#) zur Einführung von Smart-Metern vorgelegt. Darüber diese und weitere Fragen möchten wir gerne mit Ihnen diskutieren und laden Sie recht herzlich dazu am 9.6. in den Bundestag ein. Weitere Infos und zur Anmeldung geht es [HIER](#).

11) Fachgespräch Biokunststoffe: Lösung eines Umweltproblems

Bis zu einer Million Meeresvögel und bis zu hunderttausend Meeressäuger sterben schätzungsweise jedes Jahr an den Folgen der Vermüllung, nicht nur, aber besonders stark unserer Meere. In wie weit können Biokunststoffe einen Beitrag zur Lösung des Problems leisten? Aus diesem Grund hatte die Grüne Bundestagsfraktion zu einem Fachgespräch mit dem Titel „Biokunststoffe: Lösung eines Umweltproblems?“ eingeladen. Zentral wurden die Fragen behandelt, welche aktuellen technischen Entwicklungen es bei den biobasierten Kunststoffen gibt, wie es mit der Abbaubarkeit in der Natur aussieht, welche Ökobilanzen Biokunststoffe vorzuweisen haben und welchen Beitrag die Politik möglicherweise leisten kann, um Fortschritte zu erzielen. Hier weitere Infos zum [Fachgespräch](#).

12) Meeresschutz endlich vorantreiben

Anlässlich des anstehenden G7 Gipfels im bayrischen Elmau kündigte Bundeskanzlerin Merkel an, sich für stärkeren Meeresschutz einzusetzen. Außer einem Forschungsprojekt zur Meeresvermüllung ist allerdings nichts zu erwarten. Deshalb haben wir Grünen einen eigenen [Antrag „Schutz der Meere weltweit verankern“](#) in den Bundestag eingebracht. Darin zeigen wir auf, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Artensterben zu verhindern, die Vergiftung, Vermüllung und Überdüngung zu stoppen und um dem Meer wieder Raum zum Leben zu geben. Mehr Infos dazu [HIER](#).

13) Erfolgreicher Artenschutz – Wölfe sind zurück in Deutschland

Der Wolf ist in Deutschland wieder heimisch geworden. Zurzeit leben in sechs Bundesländern wieder dauerhaft Wölfe. In 13 Bundesländern wurde er seit dem Jahr 2000 mindestens einmal nachgewiesen. Dass das einst ausgerottete Tier wieder bei uns leben kann und in vielen Regionen wieder heimisch geworden ist, ist ein Erfolg des Arten- und Naturschutzes. . An den Wolf als wiedergekehrten Bewohner unserer Landschaft müssen sich viele Menschen aber erst noch gewöhnen, denn dem Wolf schlagen immer noch viele Vorurteile und Mythen entgegen. Mehr Infos rund um das Thema gibt es [HIER](#).

Agrar/ Ernährung

14) Antibiotika in der Fischzucht – Große Koalition bleibt untätig

Fischverzehr ist gesund – so das gängige Urteil. Doch nun muss die Bundesregierung auf unsere Grüne Anfrage eingestehen, dass bei Stichproben in jedem 20. Fisch antimikrobielle Medikamenten-Rückstände gefunden wurden. In hunderten von Proben wurden bei Fischen oder Krebsen zum Verzehr aus Zuchtbetrieben Antibiotika gefunden. Dass das auch in der Fischzucht ein großes Problem ist, hat die Öffentlichkeit bisher aber nicht erfahren. Die Bundesregierung weigert sich zudem, die betroffenen Unternehmen zu nennen. Die Antwort und alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

15) Kükenschreddern geht munter weiter, obwohl Alternative vorhanden ist

Da sie weder Eier legen, noch genügend Fleisch ansetzen, werden über 42 Millionen männlicher Eintagsküken pro Jahr umgebracht. Der Bundesregierung ist dieses Problem bekannt, doch trotz vollmundiger Ankündigungen handelt sie weiter nicht. Sie unterstützt damit offen diese qualvolle Methode des Kükenschredderns, obwohl schon heute die Geschlechtererkennung im Ei möglich ist. Sie ist nur teurer als das Kükenschreddern. Ein paar Cent sind für Union und SPD

also der „vernünftige Grund“, das Kükenschreddern weiter zuzulassen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

16) Krebserregendes Herbizid Glyphosat nicht weiter verkaufen

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Herbizid Glyphosat erst kürzlich als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“ eingestuft hatte, ist es in den meisten deutschen Baumärkten immer noch erhältlich. Wir Grünen haben deshalb einen [Offenen Brief](#) an die Zentralen der großen deutschen Baumarktketten geschrieben. Wir appellieren darin an die Märkte, ihre Unternehmensverantwortung ernst zu nehmen und alle Glyphosat-Unkrautvernichter aus ihren Sortimenten zu nehmen. Erste Baumärkte wie Toom haben bereits reagiert und das krebserregende Glyphosat aus ihrem Sortiment genommen. Weitere Infos [HIER](#).

17) Verbraucher brauchen verständliche Fleischkennzeichnung

96 Prozent der BürgerInnen in Deutschland wollen, dass Tiere tiergerecht gehalten werden. Um dies beurteilen zu können, braucht es (wie heute schon bei Eiern eingeführt) auch bei Fleisch eine einfache, verständliche und verlässliche Kennzeichnung. Das haben wir Grünen in unserem [Antrag](#) „Transparenz schaffen – Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen“ gefordert. Beim Kauf von tierischen Produkten werden VerbraucherInnen oft durch romantisierende Handelsmarken oder irreführende Bilder von Bauernhofidyllen und freilaufenden Tieren über die industrielle Herstellung und die tierquälerischen Haltungsbedingungen hinweggetäuscht. Diese bewusste Irreführung muss die Bundesregierung endlich stoppen. Mehr Infos [HIER](#).

18) Nachhaltigkeit beim Einkauf: Mehr Transparenz

Bioland, Blauer Engel, GEPA – viele Branchen haben Siegel, mit denen Sie ihre Kunden über Herstellungsprozesse, Energie- und Ressourcenverbrauch oder faire Löhne informieren. VerbraucherInnen sind unter Umständen überfordert, den Überblick über die Qualität der verschiedenen Siegel zu behalten. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung fordert in einem Impulspapier einen ersten Schritt zu mehr Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher, indem Unternehmen ökologische und soziale Kriterien offenlegen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

19) EU-Kommission will gegen Ausländer-Maut von Union und SPD klagen

Gute Nachrichten gibt es aus Brüssel: Die EU-Kommission will gegen die unsinnige und schädliche Ausländer-Maut der Großen Koalition klagen. Die Kommission bestätigt, was schon vor der Verabschiedung des Gesetzes alle Experten der GroKo ins Stammbuch geschrieben haben: Die Maut ist nicht nur bürokratisch und bringt keine Einnahmen, sie ist auch europarechtswidrig. Auch Bundespräsident Gauck behält sich für seine Unterschrift eine intensive Prüfung des Gesetzes vor. Es besteht also noch Hoffnung, dass der in Gesetzesform gegossene und von CDU und SPD mitgetragene CSU-Populismus an uns vorüber geht. Mehr Infos [HIER](#).

20) Bundestagsfuhrpark endlich klimafreundlich betreiben

Seit mehreren Jahren fordern wir den Bundestag auf, die Dienstwagenflotte des Bundestages auf emissionsarme Autos umzurüsten. Unser Antrag aus 2008 wird nun langsam Realität. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) hat nun endlich einen Vorstoß unternommen und fordert den Ältestenrat bei der nächsten Neuvergabe des Fahrdienstes einstimmig zu „einer konsequenten Umsetzung nachhaltiger Mobilität“ auf. Der laut EU-Verordnung bis 2020 zu erreichende 95 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer im Flottendurchschnitt müsse bei der Ausschreibung vorgegeben werden. Zudem sollten mindestens 20 Prozent aller Fahrzeuge mit reinen Elektromotoren ausgestattet sein. Wir hoffen nun darauf, dass

die anderen Fraktionen mit uns an einem Strang ziehen. Weitere Infos [HIER](#).

21) BER- der peinlichste Flughafen der Welt?

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage macht das ganze Desaster rund um den Hauptstadtflughafen BER deutlich: Alexander Dobrindt ist unfähig, dem Desaster ein Ende zu bereiten, denn der BER wird wahrscheinlich noch teurer. Jahre nach der verpatzten Eröffnung kann oder will die Bundesregierung nichts zur Perspektive des peinlichsten Flughafens der Welt sagen. Im Gegenteil: Verkehrsminister Dobrindt deutet schon vorsorglich weitere Kostensteigerungen und Verzögerungen an. Nichts sagen aber kann der Minister zur Kostenverteilungen und zur Rentabilität. Die bereits bewilligten weiteren 1,1 Mrd. Euro für den BER scheint Dobrindt bei der EU noch nicht einmal zur Genehmigung angemeldet zu haben. Die großspurig angekündigte Gründung einer unabhängigen Kontrollstelle verlegt Dobrindt zudem direkt ins Verkehrsministerium. Transparenz und echte Vorhabenplanung sehen anders aus! Weitere Infos [HIER](#).

22) Problem des zunehmenden Flächenverbrauchs

In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und Biodiversitätsstrategie ist als Ziel verankert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar am Tag zu reduzieren. An diesem Ziel hält die Bundesregierung offiziell fest – gibt aber zu, dass sie ihr eigenes Flächensparziel ohne zusätzliche Maßnahmen verfehlen wird. Dies geht aus einer Antwort auf unsere grüne [Anfrage](#) hervor. Flächenverbrauch, also der tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche, ist eines der großen ungelösten Umweltprobleme unserer Zeit. Zunehmende Siedlungs- und Verkehrsflächen bedeuten nicht nur den unmittelbaren und dauerhaften Verlust der ökologischen Funktion von Böden, sie belasten auch BürgerInnen finanziell, vor allem in strukturschwachen Regionen. Alle weiteren Informationen zum Thema gibt es [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.